



"Magdeburg sein, Kulturhauptstadt werden" - Grundsatzausprache in der Stadtratsberatung am 18. Mai 2017

Zur Stadtratsberatung am 18. Mai beantragten alle Fraktionen (mit Ausnahme der SPD, die plötzlich den Antrag nicht mehr mitzeichnen wollte), auf einstimmige Empfehlung des Kulturausschusses, eine aktuelle Debatte in Form einer Grundsatzausprache zum Thema Kulturhauptstadtbewerbung. Der Antrag unter dem Titel „Magdeburg sein - Kulturhauptstadt werden“ bezweckte außerdem, Kulturhauptstadtberater Prof. Schmidt zu Wort kommen zu lassen. Er führte als Gastredner in seinem Vortrag Modalitäten und allgemeinen Anforderungen der Jury aus.

Anbei ein Auszug aus dem Redebeitrag von Stadtrat Oliver Müller in seiner Position als Kulturausschussvorsitzender:

„[...] Ich weiß, dass vor wenigen Tagen auch die Kulturbeiräte ein Ergebnis ihrer Arbeit vorgestellt haben, was sicherlich erstmal eine dankenswerte Leistung ist, aber auch da ist sicherlich die Frage zu stellen, in wie weit ist der Stadtrat mit einbezogen oder kann noch mit einbezogen werden? Vor allem aber auch die Bevölkerung, auf die kommt es ja letztlich an, wenn wir uns erfolgreich mit der Kulturhauptstadtbewerbung auseinandersetzen wollen. Denn kulturelles Leben in der Stadt ist bezeichnenderweise auch eines der Mottos des bundesweiten Städtetages, der Ende dieses Monats in Nürnberg stattfinden wird. [...] Wir werden also sehen müssen, wie wir uns mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen und wie es uns gelingen kann,

trotz aller Verschiedenheit in unserer Stadt, zu einem „Wir“ zu finden. Dass also deutlich wird, dass wir an einem Strang ziehen bei dieser Bewerbung. Möglicherweise auch mal die eigenen Befindlichkeiten ein Stück weit weiter hinten anstellen müssen. Auch das kann notwendig werden, denn Kultur ist letztlich das Rückgrat der Urbanität und das wohl auch gerade in einer Landeshauptstadt wie unserer, die sich ja in einem Bundesland befindet, Sachsen-Anhalt, das ja auch nicht gerade, strukturell betrachtet, eines der einfachsten Bundesländer ist. [...]

Es gilt einen breiten Konsens zu finden, denn die Kulturhauptstadtbewerbung darf eben nicht zur Privatangelegenheit hauptamtlicher Verwaltung werden – ist es auch nicht, dazu haben wir uns im Kulturausschuss schon verständigt. Sie ist absolute Querschnittsaufgabe eben nicht nur aller Verwaltungsbereiche, was für den Anfang aber auch schon schön wäre, aber auch hier gibt es noch Reserven, denke

In dieser Ausgabe:

| | |
|--|---|
| Stadtratsdebatte zum Heinz-Krügel-Stadion | 2 |
| Magdeburger Innenstadt erhielt am 14. Mai eine Gedenktafel für Dr. Magnus Hirschfeld | 2 |
| Kulturhauptstadt ohne Kaiser-Otto-Fest? | 2 |
| Bildungskonferenz als Denkanstoß für Verwaltung und Stadtratsmitglieder | 3 |
| Anfragen und (Änderungs)Anträge zur Juni-Stadtratsberatung | 4 |
| Die Fraktion unterwegs... | 4 |

ich, sondern unbedingte Angelegenheit der gesamten Stadtbevölkerung und deren gewählter Repräsentanz, dem Stadtrat – wir alle. Insofern ist es gewiss auch nützlich, wenn sich Teile der hauptamtlichen Verwaltung nicht selten auf Dienstreisetournee durch europäische Kulturhauptstädte befinden. Gelegentlich sollte die Begleitung der eigentlichen Entscheidungsträger/innen dabei doch aber wenigstens mal angefragt werden, damit ein solch' falscher Eindruck „Kulturhauptstadtbewerbung ist vor allem was für Hauptamtliche“ dabei gar nicht erst entsteht. Denn natürlich



Stadtrat Oliver Müller in seiner Funktion als Kulturausschussvorsitzender während seines Redebeitrages zur aktuellen Debatte im Stadtrat.

und selbstverständlich ist es eben gerade eine Angelegenheit des Ehrenamtes. Wenn die Bevölkerung und auch der Stadtrat nicht allesamt, und zwar jede/r einzelne, für das

Thema Kulturhauptstadt Europas brennt, dann kann es nichts werden. Hier sind alle gefragt und das wissen wir auch, denn was vergangen ist, meine Damen und Herren, ist unabänderlich, aber was sein

wird, das bestimmen wir. Alle gemeinsam!“

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin
(Foto: J. Schmidt)

Stadtratsdebatte zum Heinz-Krügel-Stadion

In der letzten Stadtratssitzung behandelte der Stadtrat einen Antrag der Gartenpartei-Fraktion zum Thema Stadion. Die Magdeburger Volksstimme verbreitete gleich, dass die Gartenpartei-Fraktion sich hinter die Fans stellt. Der Antrag liegt weit hinter dem Diskussionsstand zurück. Die Gartenpartei-Fraktion will etwas in die Wege leiten, was schon längst auf dem Wege ist. Ihr geht es nicht um die Fans, um dem 1. FC Magdeburg oder das Heinz-Krügel-Stadion,

ihr geht es um Populismus und die Bundestagswahl.

Der Stadtrat muss sich zügig zu einer der Varianten positionieren. Es muss im Sinne von Fans und Verein gehandelt und die Erweiterung des Heinz-Krügel-Stadions beschlossen werden. Somit sind wir mit einer ordentlichen Vorlage der Verwaltung im Juni schneller, als mit einem Antrag der Gartenpartei-Fraktion, der auch noch durch die Ausschüsse soll.

Entsprechend der Stellungnahme von aktiver Fanszene und FanRat sollte der Stadtrat handeln und

sich für die Erweiterung des Heinz-Krügel-Stadions einsetzen.

Dennis Jannack
Stadtrat



Magdeburger Innenstadt erhielt am 14. Mai eine Gedenktafel für Dr. Magnus Hirschfeld

Nachdem der Stadtrat auf Anregung der Fraktionen der SPD, der LINKEN/future! und der Grünen einstimmig am 8. Dezember 2016 die Schaffung einer Gedenktafel für Dr. Magnus Hirschfeld beschlossen hat, wurde diese am 14. Mai feierlich eingeweiht. Die Gedenktafel ist an der nordöstlichen Seite des Ulrichshauses (Breiter Weg/Ernst-Reuter-Allee) angebracht. In der Magdeburger Innenstadt soll sie fortan an das Wirken des Arztes, Sexualforschers und Mitbegründers der ersten Homosexuellen-Bewegung erinnern. Wenige Tage vor dem Internationalen Tag gegen Homophobie am 17. Mai setzt die

Landeshauptstadt Sachsen-Anhalts damit ein wichtiges Zeichen für mehr Akzeptanz und für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen sowie bi-, trans- und intersexuellen Menschen.

Ein herzliches Dankeschön geht an alle im Stadtrat und in der Verwaltung, die die Umsetzung dieses Beschlusses ermöglicht haben. Ein ganz besonderes Dankeschön gilt der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die die Schaffung der Gedenktafel nicht nur ideell, sondern auch durch eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 1.500 Euro unterstützt hat.

Karsten Köpp
Stadtrat
(Foto: J. Schmidt)



Die Stadträte Karsten Köpp und Oliver Müller und die Vorstandsmitglieder des Stadtverbandes DIE LINKE. Magdeburg, Benjamin Dietrich und Siegfried B. Kratz (v.l.n.r.), vor der Gedenktafel für Dr. Magnus Hirschfeld am Ulrichshaus.

Kulturhauptstadt ohne Kaiser-Otto-Fest?

Nun ist es mit einer Mehrheit aus CDU, SPD und Grüne beschlossen: Magdeburg wird keine Ausfallbürgerschaft für das Kaiser-Otto-Fest (KOF) 2017 zur Verfügung stellen. Eine Ausfallbürgerschaft, die nur zum Tragen gekommen wäre, wenn am Ende Einnahmen fehlen. Damit geht das leise Sterben

des KOF weiter. Bereits in den letzten Monaten wurde im Stadtrat über die Zukunft des KOF gestritten, nicht ohne dem KOF weitere Steine in den Weg zu legen. Während der Debatte wurde der Bürgerschaft und der Wirtschaft für die Unterstützung des KOF gedankt. Mein Dank geht weiter. Mein Dank geht an die Organisatoren und alle



Beteiligten, an alle Künstler und Lager, an alle die an diesem Fest mitgewirkt und keinen Cent dafür verlangt haben. Wir werden sehen, ob und in welcher Form es mit dem KOF im nächsten Jahr

weitergeht. Wenn es weitergeht, wird auch klar sein, mehr Qualität für weniger Geld wird es nicht geben. Nach dem der Antrag zur Ausfallbürgschaft für das KOF abgelehnt war, ging es im Stadt-

rat mit einer aktuellen Debatte weiter. Zur europäischen Kulturhauptstadt.

Dennis Jannack
Stadtrat

Bildungskonferenz als Denkanstoß für Verwaltung und Stadtratsmitglieder

Auf Vorschlag unserer Fraktion machte sich der Ausschuss Bildung, Schule und Sport (BSS) gemeinsam mit der Verwaltung auf den Weg, die zweite Bildungskonferenz der Stadt Magdeburg vorzubereiten. Ziel sollte es sein, sich gemeinsam mit den verschiedenen Akteuren aus Politik, Schulverwaltung und den Praktikern vor Ort (Lehrer und Schuldirektoren) über aktuelle Probleme des Schulalltages zu verständigen. Dazu waren Vertreter aller Schulformen, von der Grundschule bis zum Gymnasium, aber auch Berufsschulen der Stadt eingeladen und auch vertreten. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden des BSS-Ausschusses, kamen der Ober-



Am 18. Mai 2017 fand die 2. Bildungskonferenz der Stadt Magdeburg im Ratssaal des Alten Rathauses statt.

bürgermeister der Stadt Magdeburg und der Minister für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt, als Schirmherr der Konferenz, zu Wort. Beide informierten aus ihrer Sicht über Probleme, die sie mit der aktuellen Situation an Schulen haben. Der Oberbürgermeister kritisierte im Wesentlichen die Zuweisung von Flüchtlingskindern durch das Landesverwaltungsamt. Diese Zuweisung erfolgt aktuell nach dem Wohnortprinzip, d.h. Kinder von Flüchtlingen, die nach dem Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt schulpflichtig sind, werden der Schule zugewiesen, die dem Wohnort der Eltern am nächsten liegt. In diesen Zusam-

menhang muss man wissen, dass die WOBAU ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird und im großen Maße Wohnraum für Flüchtlingsfamilien zur Verfügung stellt. Wissen muss man aber auch, dass der überwiegende Teil der Wohnungen, die sich im Eigentum der WOBAU befinden, industriell hergestellte Wohnungen sind. Wir alle kennen unsere Neubauviertel, die Anfang der 80ziger Jahre in unserer Stadt entstanden sind. Daraus ergibt sich für einige Grundschulen ein Problem. Ja, es ist richtig, dass für unsere Grundschüler das Prinzip „Kurze Beine – Kurze Wege“ gilt. Die Frage ist aber: „Ist es richtig, dass das Landesverwaltungsamt in Halle weiterhin Flüchtlingskindern aus den „Plattenbauwohnungen“ der Stadt Magdeburg an die wohnortnahen Grundschulen zuweist?“ Der Direktor der Grundschule am Umfassungsweg brachte es in seinem Beitrag in der Konferenz satirisch auf den Punkt: „Wer einen kostenlosen Sprachkurs in verschiedenen Sprachen haben will, solle in den Pausen zu ihm auf den Schulhof kommen.“ Diese Botschaft ging vor allen Dingen an den Bildungsminister. Er griff natürlich in seinem Grundsatzreferat das Fehlen von Lehrern und insbesondere von Sprachlehrern auf. Der Minister hat in der Tat ein schwieriges Erbe aus der vorigen Landesregierung übernommen, in der das Bildungs- und das Finanzministerium von der SPD gestellt wurden. Er machte deutlich, dass er als Minister für Bildung an den Haushalt gebunden ist. Die Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt konnte sich, so sind meine Erinnerungen, in den letzten Wahlperioden mit ihren Forderungen nach mehr Personal nicht durchsetzen. Das Ergebnis sind

fehlende Lehrer, fehlende Polizisten und ebenso fehlende Juristen. Aus meiner Sicht wurden die Schwerpunkte dieser Bildungskonferenz richtig gesetzt. Aber die Komplexität, die sich hinter dem Namen „Bildungskonferenz“ verbirgt, konnte nur angerissen werden. Aufgabe der Stadträtinnen und Stadträte wird es bleiben, die sächlichen Voraussetzungen zu schaffen, die nötig sind, jedem Kind eine optimale Bildung zu ermöglichen. Um die personelle Absicherung dieses Zieles müssen sich die Landtagsabgeordneten kümmern. Ich danke allen, die an der Vorbereitung und Durchführung beteiligt waren. Mit den Referenten sollten wir als Fraktion weiter in Kontakt bleiben. Nach meinem Kenntnisstand soll ein Protokoll über die Konferenz erstellt werden. Wer also noch Genaueres wissen möchte, kann sich gern an unsere Geschäftsstelle im Rathaus wenden.

Ich persönlich wünsche mir bis spätestens 2020 die nächste Bildungskonferenz.

Mit solidarischen Grüßen
Hans-Joachim Mewes
(Foto: O. Müller)



Anfragen und (Änderungs)Anträge zur Juni-Stadtratsberatung

Zur Stadtratsberatung am 8. Juni (der letzten Stadtratsberatung vor der Sommerpause) stellt die Fraktion einen gemeinsamen Antrag mit den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU/FDP/BfM und Links für Magdeburg. Unter dem Titel „Feuerwehrkampagne“ wird der Oberbürgermeister gebeten, in Zusammenarbeit mit den Freiwilligen Feuerwehren eine Öffentlichkeitskampagne zu initiieren, um Mitglieder für die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Magdeburg zu gewinnen.

Die Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Magdeburg leisten mit dem Engagement ihrer Mitglieder einen wichtigen Beitrag für die Sicherheit in der Stadt und sind ein wichtiges Element des bürgerschaftlichen

Herausgeber:

Fraktion DIE LINKE/future! im Stadtrat der LH Magdeburg

V.i.S.d.P.:

Oliver Müller,
Fraktionsgeschäftsführer
Redaktion:
Janine Schmidt,
Fraktionsassistentin

Für den Inhalt der Texte haften die jeweils genannten Autorinnen und Autoren.

Adresse:

Alter Markt 6
39104 Magdeburg

Telefon:

0391-540 2226
Fax: 0391-540 2529
E-Mail: DIELINKE.Fraktion@magdeburg.de

Internetseite:

www.dielinke-magdeburg.de/stadtratsfraktion

Fraktionstermine im Juni 2017:

06.06.2017, 17:00 Uhr
Fraktionsberatung im Rathaus, Raum 340

08.06.2017, 14:00 Uhr
Stadtratsberatung, Altes Rathaus, Ratssaal

12.06.2017, 17:00 Uhr
Nichtöffentliche Fraktionsberatung bei der Berufsfeuerwehr

Senden Sie uns eine E-Mail und wir schicken Ihnen die Zeitung im PDF-Format zu!

Engagements in der Stadt.

So ist die Gewinnung der Mitglieder eine dauerhafte Aufgabenstellung, die unbedingt durch eine langfristig angelegte städtische Werbekampagne unterstützt werden sollte.

Einen Änderungsantrag zu seinem Ursprungsantrag „Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass ausweiten“ aus dem Jahre 2016 stellt Stadtrat Karsten Köpp zur Juni-Sitzung. Der bisherige Text des Antrages soll mit diesem Änderungsantrag neu unter Ziffer 1 zusammengefasst und die darin befindliche Angabe „1. Januar 2017“ durch die Angabe „1. Januar 2018“ ersetzt werden. Außerdem wird eine neue Ziffer 2 mit folgendem Wortlaut angefügt: „2. Der Oberbürgermeister schafft mit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2018 die erforderlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung.“

Da sich das laufende Haushaltsjahr bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befindet und die mit der Information I0108/17 zur Verfügung gestellten Daten wenig Aufschluss über entstehende Mehr-

kosten liefern, erscheint eine rückwirkende Umsetzung zum 1. Januar 2017 nicht möglich.

Sowohl in den Beratungen der Ausschüsse als in der durchgeführten Anhörung mit den Sozialverbänden wurde deutlich, dass die Armutsentwicklung in unserer Stadt die Ausweitung der Antragsberechtigung für den Magdeburg-Pass notwendig macht. Mit ihm sollen zukünftig mehr einkommensschwache Bürgerinnen und Bürger unterstützt und die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gesichert werden.

Mit der Aufstellung des Haushaltsplanes 2018 schafft der Oberbürgermeister die erforderlichen Voraussetzungen, um eine erfolgreiche Umsetzung ab dem 1. Januar 2018 zu gewährleisten.

Janine Schmidt
Fraktionsassistentin

Die Fraktion unterwegs...



Stadträtin Monika Zimmer neben OB Trümper, Sozialministerin Grimm-Benne und Klinikums-GF Förster (v.r.n.l.) bei der Feier zu 200 Jahren kommunale Krankenhausversorgung am Klinikum Magdeburg.
(Foto: O. Müller)

Großer Andrang beim Richtfest der Lebenshilfe an der Leipziger Straße. Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion waren dabei.



Unten: Impressionen vom Tag der Arbeit: Am 1. Mai waren wie immer unsere Stadträtinnen und Stadträte, Genossinnen und Genossen, sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten auf dem Alten Markt dabei und freuten sich über einen regen Austausch mit Einwohnerinnen und Einwohnern. (Fotos: O. Müller)

